Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 12. Mai 2011
Ausgabe 090
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› Glückwünsche für Professor Dr. Claus Roxin zum 80. Geburtstag 5
› Förderverein für das NS-Dokumentationszentrum München gegründet 5
› Veranstaltung „Olympiaregion München 2018 – Nachhaltige Entwicklung“ 6
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Perlach 7
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung 9
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**
› „Die Filmstadt München – Opfer selbstherrlicher Entscheidungen des Kulturreferates!“ 10
› Menschen- und umweltfreundliche Baustellenlogistik für Zweite S-Bahn-Stammstrecke kein Thema bei der Ausschreibung der Bauaufträge? 13

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **17**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 13. Mai, 17 Uhr, Ebenböck-Haus, Ebenböckstraße 1, Pasing
Eröffnung des Sommerprogramms im Park und Vorstellung des „Artist-in-Residence-Programms" durch den Kulturreferenten der Landeshauptstadt München, Dr. Hans-Georg Küppers, den Geschäftsführer der Pasinger Fabrik, Frank Przybilla, und den Vorsitzenden des Bezirksausschusses Christian Müller. Es besteht die Möglichkeit zur Besichtigung der Räume im 1. Stock, die Gastkünstlerinnen und Gastkünstlern überlassen werden.

Wiederholung
Freitag, 13. Mai, 20 Uhr, Rathausgalerie, Marienplatz 8
Stadträtin Monika Renner (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Ausstellung „Tokio, Hotel München" der japanischen Künstlerinnen Masayuki Akiyoshi und Yukara Shimizu sowie der in München lebenden Künstlerinnen Scarlet Berner und Almut Determeyer. Dr. Elisabeth Hartung, Kulturreferat, stellt die vom Kulturreferat herausgegebene Broschüre „München - Japan 2011" vor, eine Jahresübersicht mit kulturellen Angeboten von Projekten mit Japan-Bezug sowie Institutionen und Vernetzungsmöglichkeiten, die aktuell zum diesjährigen Jubiläum 150 Jahre deutsch-japanischer Handelsbeziehungen erscheint.

Samstag, 14. Mai, 19.30 Uhr, Hotel Mariott, Berliner Straße 93
Stadtrat Josef Schmid (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Jahrestagung des Deutsch-Amerikanischen Frauenclubs e.V.

Montag, 16. Mai, 11.30 Uhr, Rindermarkt
„Radeln in München – im Trend und sicher" – Unter diesem Motto eröffnet Bürgermeister Hep Monatzeder die Münchner „Radlschau-Woche" mit einem „Fahrrad-Sicherheitstag". Bürgermeister Monatzeder, das Polizeipräsidium München und der ADFC Kreisverband München informieren im Rahmen eines Presserundgangs zum Thema Radverkehrssicherheit in München. Zudem können mitgebrachte Fahrräder beim Radlsicherheits-Check der Radlhauptstadt-Kampagne auf ihre Verkehrssicherheit hin untersucht werden. Im Rahmen des Fahrrad-Sicherheitstages setzen Bürgermeister Monatzeder und Maximilian Georg, Firmenkundendirektor der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse, Direktion München, den Auftakt

zur bundesweiten Mitmachaktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ in München. Die Radlschau-Woche setzt sich im Rahmen der aktuellen Fahrradkampagne „Radlhauptstadt München“ vom 16. bis 21. Mai bei täglich wechselnden thematischen Schwerpunkten mit den nahezu unbegrenzten Möglichkeiten urbaner Fahrradkultur auseinander.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Dienstag, 17. Mai, 11 Uhr, Münchner Stadtarchiv, Rotunde, Winzererstraße 68/Schleißheimer Straße 105
Zur Eröffnung der Ausstelllung „München protestiert!“ sprechen Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, der Leiter des Stadtarchivs, Dr. Michael Stephan, und die Kuratorin der Ausstellung, Elisabeth Angermair, die auch ein Gespräch mit dem Münchner Pressefotografen Heinz Gebhardt führen wird.
Die Ausstellung findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Protest in München seit 1945“ (*www.protest-muenchen.de*) statt. Das Stadtarchiv München zeigt ausgewählte Fotodokumente aus seinen Sammlungen.
In einer chronologischen Zeitleiste von 1945 bis 2010 und in einzelnen Themenblöcken wird das Protestgeschehen der vergangenen 65 Jahre lebendig. Die Fotos knüpfen Quer- und Längsverbindungen durch die Themen und die Jahrzehnte, sie lassen Konflikte innerhalb der Stadtgesellschaft, Traditionen und Brüche erkennen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Dienstag, 17. Mai, 13.30 Uhr, Keferstraße 10
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert dem Münchner Bürger Inger Gulbransson im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Dienstag, 17. Mai, 14.30 Uhr (Einlass ab 13.30 Uhr), Jüdisches Zentrum, St.-Jakobs-Platz 18
Bürgermeisterin Christine Stobl eröffnet mit einem Grußwort zum Thema Bildungsgerechtigkeit die „Zweite Münchner Bildungskonferenz“. Ministerialdirigent Dr. Thomas Greiner vom Bundesministerium für Bildung und Forschung spricht danach ein Grußwort. Im Anschluss stellt Wolfgang Brehmer, Leiter des Kommunalen Bildungsmanagements im Referat für Bildung und Sport, den „Münchner Chancenspiegel Bildung“, den das Referat für Bildung und Sport im Auftrag des Stadtrates erstellt hat, vor. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren im weiteren Verlauf in vier Fachforen aktuelle Themen wie „Herkunft statt Zukunft?“, „Erzieher und Ingenieurinnen?“, „Der Fremde ist nur in der Fremde fremd?“, „Wer be-

hindert wen?". Die Ergebnisse der Fachforen werden ab 17.15 Uhr im Plenum präsentiert. Das Schlusswort zur Konferenz spricht Stadtschulrat Rainer Schweppe. Moderation der Veranstaltung: Ines Stade.
Achtung Redaktionen: Wegen der Sicherheitsbestimmungen im Jüdischen Zentrum wird um vorherige Anmeldung unter Angabe von Vor- und Zuname per Fax an 2 33-98 98 35 12 gebeten.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 19. Mai, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt), Bezirksteile Glockenbachviertel und Deutsches Museum.
Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy.

Donnerstag, 19. Mai, 15 bis 17 Uhr, Neuhausen-Nymphenburger Anzeiger, Donnersbergerstraße 22 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Ingeborg Staudenmeyer.
Zeitgleich findet eine Kindersprechstunde mit der Kinderbeauftragten Ursula Zeitlmann statt.

Donnerstag, 19. Mai, 19.30 Uhr,
Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem).

Meldungen

Glückwünsche für Professor Dr. Claus Roxin zum 80. Geburtstag
(12.5.2011) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Professor Dr. Dr. h.c. mult. Claus Roxin zum bevorstehenden 80. Geburtstag: „Die zahlreichen unter Ihrem Namen veröffentlichten und vor Ihrem Namen stehenden Titel zeugen davon, in welchem Maße sie seit mehr als 50 Jahren die Strafrechtswissenschaft prägen. Wie kaum ein anderer haben Sie es zudem insbesondere während Ihrer über 25-jährigen Lehrtätigkeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München verstanden, Begeisterung für das Strafrecht bei jungen Juristen zu wecken, indem Sie als Überzeugungs-‚Täter' mit der richtigen Mischung aus Theorie, Humor und Lebensnähe auftraten. Dies bestätigen auch viele der heute bei der Landeshauptstadt München beschäftigten Juristen, die Sie, wie ich, noch in Vorlesungen persönlich erleben durften. Ich habe Ihre Vortragskunst unverändert in bester plastischer Erinnerung. Sie haben bis heute hier in München, in Deutschland und in der ganzen Welt wie kaum ein anderer Strafrechtler gewirkt, und ich hoffe, dass Sie dies noch lange tun werden.
Für die Zukunft wünsche ich Ihnen deshalb, sehr geehrter Herr Professor Roxin, Schaffenskraft, vor allem aber Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Frei nach Winnetou, zu dem Sie über Ihre langjährige Tätigkeit in der Karl-May-Gesellschaft eine besondere Beziehung haben, erlaube ich mir, mit einem ‚Howgh, ich habe gesprochen!' zu enden."

Förderverein für das NS-Dokumentationszentrum München gegründet
(12.5.2011) Heute hat sich der neu gegründete Förderverein für das NS-Dokumentationszentrum München im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Einladung von Oberbürgermeister Christian Ude fanden sich am 28. Februar hochrangige Persönlichkeiten zu einer Gründungsversammlung zusammen, um sich künftig im Rahmen des gemeinnützigen Fördervereins für das NS-Dokumentationszentrum München zu engagieren. Hauptziel des Fördervereins ist es, in der Öffentlichkeit für die ideelle und materielle Unterstützung der Bildungs- und Forschungsarbeit des Zentrums zu werben und das finanzielle und ehrenamtliche Engagement zu bündeln.
Als Gründungsmitglieder des Fördervereins konnten bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gewonnen werden, die dem Thema und den Anliegen des Lern- und Erinnerungsorts seit langem verbunden sind. In das Ehrenamt des Vorsitzenden wählten die Anwesenden einstimmig

Oberbürgermeister Christian Ude, der die herausgehobene stadtpolitische Bedeutung des NS-Dokumentationszentrum München betonte: „Ich werde mich dafür stark machen, dass diese Einrichtung fest in der Münchner Stadtgesellschaft verankert wird und die notwendigen Mittel erhält, um ein ebenso breites wie wirkungsvolles Spektrum an Aktivitäten zu entfalten."
Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde die Landgerichtspräsidentin a. D. Constanze Angerer gewählt, die sich in München vielfach um die Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus verdient gemacht hat. „Als Mitglied des Vereins ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie' bin ich der Auffassung, dass wir uns auch weiterhin mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen und die jüngere Generation ständig politisch weiterbilden müssen", so Angerer. „Gerade in der Landeshauptstadt brauchen wir das NS-Dokumentationszentrum, das die vielfältigen Gefahren einer braunen Ideologie in allen Bereichen des Staates und der Gesellschaft dauerhaft sichtbar macht."
In den Vorstand wurden ebenfalls Thomas Walther, Richter a. D., und Alexander Wolfrum gewählt. Dr. Florian Bieberbach, Geschäftsführer der Stadtwerke München, wird Schatzmeister des Vereins. Das Amt der Schriftführerin übernimmt Dr. Miriam Heigl von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus. Unter den Gründungsmitgliedern sind auch Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle und Münchens Polizeipräsident Professor Dr. Wilhelm Schmidbauer vertreten, die sich ebenfalls für das NS-Dokumentationszentrum stark machen. Das Polizeipräsidium bereitet gerade mit Unterstützung des NS-Dokumentationszentrums eine Ausstellung über Münchens Polizei während des NS-Regimes vor.
Der Förderverein wird das NS-Dokumentationszentrum München bei seinen verschiedenen Aufgaben unterstützen: Bei der wissenschaftlichen Forschung, der pädagogischen Vermittlung und bei der Erinnerung an die Geschichte des Nationalsozialismus. Er hat sich zum Ziel gesetzt, weitere Unterstützer, sei es auf ideeller oder materieller Ebene, für das Dokumentationszentrum zu gewinnen.
Weitere Infos sind bei der Pressestelle des NS-Dokumentationszentrums, Telefon 2 33-2 80 84 oder anke.hoffsten@muenchen.de sowie im Büro der Gründungsdirektion bei sonja.eschenbach@muenchen.de erhältlich.

Veranstaltung „Olympiaregion München 2018 – Nachhaltige Entwicklung"

(12.5.2011) Am Freitag, 20. Mai, findet im Rathaus die Veranstaltung „Olympiaregion München 2018 – Nachhaltige Entwicklung" statt. Sie ist der Auftakt zu einer Diskussionsreihe, in der sich die Stadt jährlich bis

2018 bestimmten Themen einer nachhaltigen Entwicklung der Region München und Oberbayern vertieft widmen wird.
Die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 geht in die entscheidende Phase. München und seine Partner haben das feste Ziel, das Konzept für die Winterspiele in Bayern so nachhaltig und umweltfreundlich wie möglich zu gestalten. Dieser Anspruch wurde im veröffentlichten Prüfbericht der Evaluierungskommission des IOC auch ausdrücklich gewürdigt.
Die Veranstaltung „Olympiaregion München 2018 – Nachhaltige Entwicklung" findet am 20. Mai im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt und beginnt um 15 Uhr. Das Programm:

- 15 Uhr: Begrüßung und Einführung: Oberbürgermeister Christian Ude, Landeshauptstadt München, Bürgermeister Thomas Schmid, Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen
- 15.30 Uhr: Ann Duffy, Corporate Sustainability Officer, Vancouver 2010 Olympic and Paralympic Winter Games: „Olympic and Paralympic Winter Games and Sustainability – One Year After"
- 16 Uhr: Professor Dr. Ralf Roth, Deutsche Sporthochschule Köln: „Das Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzept München 2018 als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in den Alpen"
- 16.30 Uhr: Diskussion
- 17 Uhr: Pause
- 17.30 Uhr: Professorin Christiane Thalgott, Stadtbaurätin a.D.: „Zukunftsperspektiven einer Region – München und Oberbayern vor großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen"
- 18 Uhr: Professor Dr. Armin Nassehi, Ludwigs-Maximilians-Unversität München: „Schneller, höher, stärker – Olympische Spiele als gesellschaftliches Ereignis"
- 18.30 Uhr: Diskussion

Die Veranstaltung wird von Ursula Heller (Bayerischer Rundfunk) moderiert. Da die Zahl der Plätze begrenzt ist, wird um Anmeldung bis 18. Mai unter umweltvorsorge.rgu@muenchen.de gebeten.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Perlach

(12.5.2011) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 16 (Ramersdorf - Perlach) am Donnerstag, 26. Mai, 19 Uhr, in die Mensa des Schulzentrums Perlach-Nord, Quiddestraße 4, 81735 München, zu einer Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes (Bezirksteil Perlach) ein.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Hans Dieter Kaplan, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Zu Beginn informieren er und die Bezirksausschussvorsitzende Marina Achhammer über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Neubau Plettzentrum
2. geplante Dreifach-Sporthalle des SV Neuperlach e. V. (Bezirkssportanlage Bert-Brecht-Allee)
3. geplanter Neubau eines Sportbetriebsgebäudes mit Gymnastikhalle und Gaststätte, sowie Neubau von Freisporteinrichtungen (Bezirkssportanlage Rudolf-Zorn-Straße)
4. Neubau einer offenen Einrichtung für Kinder und Jugendliche und Abbruch der provisorischen Containeranlage Südpolstation
5. Baugebiet an der Hochäckerstraße
6. Verkehrsgutachten München Süd-Ost
7. Anbindung Gewerbegebiet Bayerwaldstraße
8. Zukunft S-Bahnhof Perlach
9. Hanns-Seidel-Platz Planungsfortschritt
10. Entwicklung Kieswerkgelände Piedersdorfer

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 5, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, Friedenstraße 40, 81660 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Faxnummer 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baurefe-

rat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Marina Achhammer.

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung

(12.5.2011) Die 236. Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung der Landeshauptstadt München findet am Dienstag, 17. Mai, ab 16 Uhr im Großen Sitzungssaal im Rathaus am Marienplatz statt.
Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

1. Gärtnerplatz 3 – Stadtbezirk 2: Staatstheater am Gärtnerplatz – Sanierung und Instandsetzung sowie Bau einer Probebühne
2. Cosimastraße (Bogenhauser Höfe) – Stadtbezirk 13: Neubau einer Wohnanlage mit sieben Mehrfamilienhäusern und Tiefgarage
3. Chiemgaustraße 113 – Stadtbezirk 16: Neubau eines Studentenwohnheims mit Laden und Tiefgarage
4. Drygalski-Allee 25 – Stadtbezirk 19: Nutzungsänderung eines stillgelegten Heizkraftwerkes zu gewerblichen Zwecken

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 12. Mai 2011

Die Filmstadt München – Opfer selbstherrlicher Entscheidungen des Kulturreferates!
Antrag Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) vom 18.2.2011

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

Am 18.02.2011 haben Sie beantragt, dass der Kulturausschuss in Zukunft in alle Entscheidungsprozesse, die sich auf die diversen Kulturbereiche dieser Stadt auswirken, eingebunden wird und somit selbstherrliche, im Alleingang getätigte Beschlüsse des Kulturreferats unterbunden werden.

In Abstimmung mit der Rechtsabteilung des Direktoriums beantworte ich Ihren Antrag aus folgenden Gründen im Büroweg:

1. Keine Stadtratspflichtigkeit der in Rede stehenden Personalie

Die Rechtsabteilung des Direktoriums teilt die Einschätzung des Kulturreferats, wonach für die zu treffenden innerorganisatorischen und personalwirtschaftlichen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Beginn der Freistellungsphase des bisherigen Stelleninhabers allein die Verwaltung und nicht der Stadtrat der Landeshauptstadt München zuständig war.

Im **Grundsatz** ist für innerorganisatorische und personalwirtschaftliche Entscheidungen gemäß Art. 43 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung (GO) und § 24 der Geschäftsordnung des Münchner Stadtrats (GeschO) bzw. nach Art. 46 Abs. 1 Satz 1 GO allein der Oberbürgermeister bzw. die Verwaltung zuständig.

Nach Ansicht des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (Beschluss vom 22.12.1991, Az. 4 CE 91.3684 – juris) ergibt sich aus Art. 46 Abs. 1 Satz 1 GO, Art. 39 Abs. 2 GO und Art. 37 Abs. 4 GO, dass allein der erste Bürgermeister für die Zuweisung des Personals auf die einzelnen Dienstposten zuständig ist und dass er dabei keiner Zustimmung des Gemeinderats bedarf.
Die **Ausnahmevorschriften** des § 2 Nr. 10 GeschO und des § 4 Nr. 30 GeschO sind in diesem Fall nicht einschlägig. Voraussetzung von § 2 Nr.

10 wäre nämlich eine Veränderung im Gesamtstellenplan, zu der es bei der Nachbesetzung der Filmstabsstelle aber nicht kommt.
§ 4 Nr. 30 der GeschO ist nicht anwendbar, weil keine Stellen ab Besoldungsgruppe A 15 oder vergleichbar in Rede stehen.

2. Erfolgsaussichten des Stadtratsantrags Nr. 08-14 / A 02227

Sowohl das Kulturreferat als auch die Rechtsabteilung des Direktoriums sind der Auffassung, dass sich Ihr Antrag nicht auf eine Kritik am konkreten Vorgehen des Kulturreferats bei der innerorganisatorischen bzw. personalwirtschaftlichen Entscheidung im Zusammenhang mit dem Beginn der Freistellungsphase des bisherigen Stelleninhabers bezieht.

Die nicht erfolgte Befassung des Münchner Stadtrats im Rahmen dieser Personalie ist vielmehr nur der Anlass bzw. der Anstoß für einen zukunftsgerichteten Stadtratsantrag mit deutlich weitergehender Intention: Erklärtes Ziel des Antrags ist es, dass der Kulturausschuss zukünftig in „sämtliche Angelegenheiten, die sich auf die diversen Kulturbereiche der LHM auswirken“ eingebunden wird.

Die Zielrichtung Ihres Antrags geht damit über eine bloße Überwachung der Gemeindeverwaltung weit hinaus. Vielmehr sollen Beschlüsse des Kulturreferats „unterbunden“ werden können. Der Kulturausschuss bzw. die Kulturstadträte sollen in allen kulturellen Fragen etwas „zu melden“ sprich „zu entscheiden“ haben. Im Folgenden wird daher Ihr Antrag dahingehend verstanden, dass Sie beantragen, dem Kulturausschuss **echte Entscheidungsbefugnisse, zumindest aber Mitspracherechte** einzuräumen.

Das Überwachungsrecht des Art. 30 Abs. 3 GO sieht **allein ein Informations- bzw. Auskunftsrecht** des Stadtrats gegenüber der Gemeindeverwaltung vor, nicht hingegen die Einräumung echter Mitwirkungs-, Mitsprache- oder Entscheidungsbefugnisse.

Die Entscheidungszuständigkeit über die vom Oberbürgermeister zu erledigenden Angelegenheiten muss auch im Falle einer Überwachung durch den Stadtrat nach der **klaren kommunalverfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung** beim Oberbürgermeister bzw. bei der Verwaltung verbleiben. Das Überwachungsrecht berechtigt gerade nicht zu Eingriffen in den Kompetenzbereich des Oberbürgermeisters/der Verwaltung. Die Einbeziehung „kontrollierender“ Stadtratsmitglieder bzw. eines „kontrollieren-

den“ Ausschusses in die allgemeine Verwaltungstätigkeit würde zu einer schädlichen Verwischung von Verwaltungs- und Überwachungstätigkeit führen (vgl. Bauer/Böhle/Ecker Art. 30 GO Rn. 6). Nach ganz herrschender Meinung darf durch die Ausübung des in Art. 30 Abs. 3 GO verankerten Überwachungsrechts die gesetzliche Aufgabenverteilung zwischen den kommunalen Organen grundsätzlich nicht berührt werden (vgl. Hölzl/Hien Art. 30 GO Erl. 3). Genau dies ist aber offenbar die Intention des hier zu beurteilenden Stadtratsantrags.

Gerade in Bezug auf Umsetzungsentscheidungen hat der **Bayerische Verwaltungsgerichtshof** (Beschluss vom 22.12.1991, Az. 4 CE 91.3684) bereits ausdrücklich über die Reichweite des Überwachungsrechts entschieden. Mitspracherechte des Stadtrats sind dort nicht vorgesehen:

„Schließlich verschafft dem Gemeinderat auch seine Zuständigkeit zur Überwachung der gesamten Gemeindeverwaltung nach Art. 30 Abs. 3 GO ***kein Mitspracherecht*** bei der Umsetzung. Das Überwachungsrecht ist kein Kontrollrecht. Es lässt die gesetzliche Aufgabenverteilung zwischen den Organen der Gemeinde unberührt“.

Ich bitte von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Menschen- und umweltfreundliche Baustellenlogistik für Zweite S-Bahn-Stammstrecke kein Thema bei der Ausschreibung der Bauaufträge?
Anfrage Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) vom 24.2.2011

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 24.02.2011 haben Sie gemäß § 68 GeschO die o. g. Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, zu der Sie mit Schreiben vom 09.03.2011 Zwischennachricht erhalten haben. Das Planungsreferat bedankt sich für die gewährte Fristverlängerung und beantwortet unter Einbeziehung einer Stellungnahme der ebenfalls angesprochenen Stadtwerke München GmbH/MVG nachfolgend Ihre Anfrage.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:
„Die Bauträger des Zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnels haben in der Öffentlichkeit immer wieder betont, dass sie den Bau nicht gegen den Willen der Stadt München durchsetzen würden. Für die Akzeptanz in der Bevölkerung und letztendlich die Haltung der Stadt München wird auf Dauer sicherlich eine rücksichtsvolle Bauausführung entscheidend sein. Von größter Bedeutung ist deshalb ein umsichtiges und vor allem innenstadttaugliches Baustellenlogistikkonzept.

Die Stadtverwaltung teilte mir in Beantwortung meines Stadtratsantrages ‚LKW-Infarkt im Herzen Münchens verhindern: Baustellenverkehr für Zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnel mittelt Cargo-Tram durchführen' mit, dass die DB ProjektBau GmbH es seit 2005 abgelehnt habe, eine von der SWM/MVG mbH vorgeschlagene Machbarkeitsstudie zur Durchführung der Transporte per Cargo-Tram zu erstellen, da sie diese Lösung für ‚nicht konkurrenzfähig' halte."

Frage 1:
Ist der Stadtverwaltung bekannt, ob die Aufträge für Planung und Bau des zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnels europaweit ausgeschrieben wurden bzw. werden, oder warum dies nicht geschieht? Wenn ja, welche Unternehmen haben sich in Konkurrenz zur DB ProjektBau GmbH um den Auftrag für den Zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnel beworben.

Antwort:
Nein. Anzumerken ist, dass nach den Angaben in den Planfeststellungsunterlagen sowohl die Vorhabenträger DB Netz AG, DB Station & Service AG

und DB Energie GmbH als auch die Projektgesellschaft DB ProjektBau GmbH zum Konzernbereich DB Netze der Deutschen Bahn AG gehören. Die Landeshauptstadt München geht im Übrigen davon aus, dass Vergaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Realisierung des Projekts unter Beachtung einschlägiger Vorschriften erfolgen; sie hat auch keine Kontrollzuständigkeit.

Frage 2:
Gibt es zu dem von der DB ProjektBau GmbH vorgestellten Baustellenlogistikkonzept konkurrierende Konzepte? Wenn ja, wie unterscheiden sich diese in punkto Sicherheit und Belastung der Anwohner durch Lärm, Schadstoffe und Baustellendreck?

Antwort:
Im Planfeststellungsverfahren hatten private Einwenderinnen und Einwender aufgrund der erwarteten Beeinträchtigungen durch die geplante Bauausführung am Haltepunkt Marienhof die Herstellung des Haltepunktes komplett in bergmännischer Bauweise bzw. in Deckelbauweise mit unterirdischem Abtransport des Aushubmaterials und Antransport der Baustoffe über die Tunnelröhren beantragt. Von der DB ProjektBau GmbH wurde dazu u. a. dargelegt, dass dies aufgrund des Bauablaufs, des geplanten Realisierungszeitraumes und größerer bautechnischer Risiken nicht möglich sei. Diese Thematik wurde im Anhörungsverfahren unter Einbeziehung gutachterlicher Aussagen eingehend behandelt. Fazit des Eisenbahn-Bundesamtes im Planfeststellungsbeschluss vom 24.08.2009 war, dass sich durch die offene Bauweise das Bauvorhaben besser, effektiver, schneller und vor allem sicherer umsetzen lasse. Im Ergebnis der Abwägung war deshalb die beantragte Bauweise den Alternativvorschlägen vorzuziehen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat dies mit seinen Entscheidungen vom 24.01.2011 zu Klagen von Anliegern besonders unter Hinweis auf Sicherheitsaspekte bestätigt. Auch nach Auffassung des Gerichts würden die Folgen eines Verlustes der Standsicherheit der Baustelle oder von Bauwerken bei einem erhöhten Baurisiko wesentlich schwerer wiegen als eine mögliche Verringerung der Schall- und Staubbelastungen der Anlieger. Allerdings sind Nachbesserungen beim Schallschutzkonzept erforderlich; das Eisenbahn-Bundesamt soll über die dahingehenden Auflagen neu entscheiden. Es wurden allerdings durch das Eisenbahn-Bundesamt Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt.

Die Forderung nach Einsatz einer Cargo-Tram beim künftigen S-Bahn-Bau am Marienhof war bereits 2005 und 2010 Gegenstand von Stadtratsanträ-

gen. Wie dazu dargelegt, war die für die evtl. Einrichtung einer Cargo-Tram zuständige SWM GmbH/MVG an die DB ProjektBau GmbH mit dem Vorschlag der Erstellung einer Machbarkeitsstudie herangetreten. Die Projektgesellschaft hatte allerdings die Beauftragung einer dahingehenden Studie nicht für sinnvoll erachtet, da die geschätzten Einsparmöglichkeiten bei Lkw-Fahrten wesentlich zu hoch gegriffen seien, der Aushub nicht kontinuierlich abgefahren werden könne, sondern nach Herstellung der jeweiligen Aussteifungsebene in möglichst kurzer Zeit abtransportiert werden müsse, und (wie von Ihnen in der Vorbemerkung angesprochen) unter Kostengesichtspunkten die Abfuhr mittels Cargo-Tram nicht konkurrenzfähig sei. Siehe auch Antwort zu Frage 4.

Frage 3:
Hat die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht, die Logistik der Großbaustelle Zweite S-Bahn-Stammstrecke zu verbessern? Wenn ja, auf welche Art und Weise hat die Stadt München Einfluss ausgeübt?

Antwort:
Ja. Da die Baulogistik mit Gegenstand der Planfeststellung ist, wurden zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Forderungen in den vom Stadtrat beschlossenen Gesamtstädtischen Stellungnahmen zu den Abschnitten 1 München-West, 2 München-Mitte und 3 München-Ost der 2. Stammstrecke erhoben (siehe beispielsweise Stellungnahme zum Planfeststellungsabschnitt 3neu München-Ost gemäß Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 06.10.2010). Ziel war dabei, dass die notwendigen Transporte jedenfalls im West- und Ostabschnitt soweit wie möglich per Bahn durchgeführt und die Lärm- und Staubemissionen sowie evtl. Erschütterungen bei Baustellen, Lagerflächen und Transporten minimiert und ggf. hinreichende Schutzmaßnahmen vorgesehen werden. Dies wurde von der Verwaltung bei den Erörterungen der städtischen Belange mit Nachdruck vertreten. Dabei wurde auch auf eine Verringerung der Feinstaubbelastung hingewirkt, wobei eine Reihe von Einzelmaßnahmen eingefordert wurde. Dahingehende weitreichende Zusagen der Projektgesellschaft und teilweise bereits auch Auflagen des Eisenbahn-Bundesamtes liegen vor.

Frage 4:
Weshalb haben sich die SWM/MVG mbH nicht mit einem eigenständigen Konkurrenz-Angebot für die Baustellenlogistik per Cargo-Tram beworben?

Antwort:
Hierzu hat die SWM GmbH/MVG über das Referat für Arbeit und Wirtschaft mitgeteilt, dass sie kein Angebot zu einem Baulogistik-Konzept abgegeben habe, da sie keine diesbezügliche Anfrage seitens der DB AG erhalten habe. Die Erstellung eines Baulogistik-Konzeptes sei daneben Aufgabe der jeweiligen Bauherrin, in diesem Fall der DB AG.
Weiterhin sei den SWM kein aktuelles gesamthaftes und damit bewertbares Baulogistik-Konzept für den Bau der 2. S-Bahn-Stammstrecke bekannt. Insofern stünde vor dem von der ÖDP angefragten Schritt zunächst einmal ein stadtweit abgestimmtes und dann ggf. auch technisch und wirtschaftlich bewertbares Konzept der Bauherrin DB AG. Grundlage hierfür sei ein detaillierter und ebenfalls stadtweit abgestimmter Zeitplan über alle Gewerke der Baumaßnahme und vor allem über den gesamten räumlichen Umgriff von Laim bis zum Leuchtenbergring, der ebenfalls durch die Bauherrin DB AG zu erstellen sei und als dessen Ausfluss ein Baulogistik-Konzept erstellt werden könne. Nach Vorlage dieser Arbeitsergebnisse könnte dann die Sinnhaftigkeit und Machbarkeit sowie Wirtschaftlichkeit einer Cargo-Tram betrachtet werden.

Das Planungsreferat weist dazu ergänzend darauf hin, dass auch der Stadtverwaltung ein aktuelles Gesamtlogistikkonzept noch nicht vorliegt. Zwar war 2006 aufgrund entsprechender Forderungen in den seinerzeitigen Verfahren von der DB ProjektBau GmbH ein erstes Konzept erstellt und mit der Landeshauptstadt München abgestimmt worden. Es befasste sich zunächst summarisch mit den voraussichtlich zu erwartenden Massentransporten auf Straße und Eisenbahnschiene sowie den verkehrlichen Auswirkungen der Gesamtmaßnahme 2. Stammstrecke auf das städtische Straßennetz. Es bedarf jedoch der Fortschreibung aufgrund inzwischen erfolgter Umplanungen und neuer Verfahren sowie einer Präzisierung unter Berücksichtigung von genauen Zeitplanungen z. B. unter detaillierter verkehrstechnischer Untersuchung der betroffenen Streckenabschnitte und Knoten und sodann einer Abstimmung mit den betroffenen Stellen. Ziel ist eine weitgehend reibungslose und umweltverträgliche Verkehrsabwicklung unter Berücksichtigung der Belange des Individualverkehrs und des Öffentlichen Personennahverkehrs im Straßennetz. Entsprechende Forderungen wurden an die DB ProjektBau GmbH herangetragen, die eine Weiterführung auch dieser Planungen zugesagt hat.
Weiter darf auf den Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 08.12.2010 zum Antrag Nr. 08-14 / A 01747 der ÖDP vom 29.07.2010 i. S. „Mediendorf und Olympiadorf 2018 mittels Cargo-Tram emissionsarm erbauen“ hingewiesen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 12. Mai 2011

Fortführung der Isarrenaturierung im Norden Münchens
Antrag Stadtrat Alexander Reissl (SPD) und Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP)

Gleichmäßige Qualität für alle BAs beim Ratsinformationssystem (BA-RIS)
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Wie geht es mit den SWM/MVG-Feuerlöschnachrüstungen für die U-Bahnzüge weiter?
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Mehr Bürgerbeteiligung durch Live-Stream
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD-STADTRATSFRAKTION

Politik, die aufgeht. ödp.

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8

80331 München

Alexander Reissl
Tobias Ruff
Stadträte

12.05.2011

Fortführung der Isarrenaturierung im Norden Münchens

Antrag

Die Stadt München setzt sich für eine Fortführung der Isarrenaturierung zwischen der Luitpoldbrücke und dem Oberföhringer Wehr ein.
Hierzu werden Gespräche mit Grundstückseigentümern und den Unterhaltungspflichtigen geführt.
Ziel der Renaturierung soll die Aufwertung der Isar als Naherholungsgebiet und eine Verbesserung der ökologischen Qualität sein.

Begründung

Die Renaturierung der Isar zwischen dem Großhesseloher Wehr und dem Deutschen Museum ist ein voller Erfolg. Täglich suchen dort tausende Münchner Erholung. Die Isar kommt in diesem Bereich dem von der FFH-Richtlinie und Wasserrahmenrichtlinie geforderten Leitbild eines subalpinen Flusses sehr nahe. Weltweit gilt diese Renaturierung inzwischen als Vorbild. Eine Fortführung der Renaturierung im Münchner Norden ist daher nahe liegend.

Die Isar zwischen der Luitpoldbrücke und dem Oberföhringer Wehr ist für Erholungssuchende schwer zugänglich. Eine renaturierte Isar mit abgeflachten Ufern und Kiesbänken würde wesentliche Verbesserungen schaffen. Die Maxanlagen und der Englische Garten würden mit der Isar zu einem attraktiven Naherholungsgebiet zusammenwachsen.

Die Isar zwischen der Schwindinsel und dem Oberföhringer Wehr gilt als erheblich veränderter Wasserkörper. Sein Zustand ist als mäßig eingestuft. Es besteht daher seitens des Freistaates Bayern ohnehin die Notwendigkeit das Gewässer ökologisch zu entwickeln. Hierzu ist vor allem eine Verbesserung der Struktur im Gewässer notwendig. Anstatt eine kleine Lösung mit einzelnen Maßnahmen zu wählen, wäre es sinnvoller, gleich eine umfassende Renaturierung anzustreben, da so ein deutlicher Mehrwert für die Stadt erzielt werden kann.

Die Isar hat in dem betreffenden Bereich überwiegend ein sehr breites Flussbett. Die Baumaßnahmen könnten sich daher überwiegend auf das Flussbett selbst beschränken. Eingriffe in die Ufergrundstücke über die Ufersicherung hinaus sind kaum nötig. Neue Querbauwerke bzw. der Ersatz alter Bauwerke sind vermutlich nicht notwendig. Insgesamt dürfte die Renaturierung damit deutlich kostengünstiger sein, als die Renaturierung im Süden Münchens.

Die Unterhaltungspflicht liegt größtenteils beim Wasserwirtschaftsamt München. Nur für den letzten Abschnitt vor dem Oberföhringer Wehr ist die Eon AG zuständig. Die Ufergrundstücke sind fast ausschließlich Eigentum der Stadt München, sowie des Freistaates Bayern. Die Voraussetzungen, für die Fortführung der Isarrenaturierung sind daher als äußerst günstig anzusehen.

gez.

Alexander Reissl
Stadtrat

gez.

Tobias Ruff
Stadtrat

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
12.05.11

Gleichmäßige Qualität für alle BAs beim Ratsinformationssystem (BA-RIS)

Der Stadtrat möge beschließen:

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Pflege des Ratsinformationssystems (BA-RIS) für alle BAs auf einem annähernd gleichen hohen Niveau stattfindet.

Hierbei ist insbesondere sicherzustellen, dass von der freigegebenen BA-Sitzung-Tagesordnung aus zumindest die BA-Initiativen der BA-Mitglieder, die so genannten „Bürgerschreiben (anonymisiert) und die aktuellen Antwortschreiben der Stadtverwaltung zu früheren BA-Anträgen online zugänglich sind.

Begründung:
Mit der Einstellung der Vollversammlungswortprotokolle und der Sitzungsvorlagen ins Stadtrats-RIS hat München in puncto Transparenz und Dokumentation der Rathauspolitik einen deutlichen Schritt nach vorne gemacht. Jeder Interessierte und Betroffene – ob Bürger/in oder Institution – kann sich rechtzeitig vor der Sitzung mit Original-Infos befassen und versuchen, die Stadtratsmitglieder in seinem Sinne zu beeinflussen. Und das ist gut so.

Auch das BA-RIS bietet vergleichbare Möglichkeiten. Leider stellt man aber bei einer konkreten Recherche - z. B. nach einem BA-Antrag - schnell fest, dass diese Infos bei einer großen Anzahl der Münchner BAs nicht online im BA-RIS hinterlegt sind (z. B. /2/ /3/). Es finden sich sogar aktuelle BA-TOs **ohne jeglichen** Verweis auf irgendein Sitzungsdokument (z. B. /2/). Dies ist nicht im Sinne des Stadtrats.

Dabei ist daran zu erinnern, dass das BA-RIS ja nicht nur den Bürgern dient, sondern auch der angesagten Vorbereitung der BA-Mitglieder auf die Fraktions- und BA-Sitzung, da ja aus Ersparnisgründen nur die Fraktionssprecher mit BA-Sitzungsunterlagen in Papierform versorgt werden.

Dass es auch anders geht, beweist u. a. der BA 15 Trudering-Riem, dessen RIS-Tagesordnung von der BAG Ost vorbildlich gepflegt wird, siehe z. B. die April-TO /1/, oder auch der BA 16 Ramersdorf-Perlach.

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

Quellen:
/1/ www.ris-muenchen.de/RII2/BA-RII/ba_sitzungen_tagesordnung.jsp?Id=2222961
/2/ www.ris-muenchen.de/RII2/BA-RII/ba_sitzungen_tagesordnung.jsp?Id=2157830
/3/ www.ris-muenchen.de/RII2/BA-RII/ba_sitzungen_tagesordnung.jsp?Id=2204285

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Tangastraße 28; 81827 München; email: csu@georg-kronawitter.de wzim.de

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
12.05.11

Wie geht es mit den SWM/MVG-Feuerlöschnachrüstungen für die U-Bahnzüge weiter?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Brände in U-Bahnen sind äußerst selten, aber auch in München schon vorgekommen. Gott sei Dank ohne Personenschaden. Die SWM / MVG haben in den letzten Jahren auf eigene Initiative über den Stand der Technik hinaus U-Bahnfahrzeuge mit zusätzlichen Feuerlöscheinrichtungen ausgestattet. Allerdings hat hiervon die Öffentlichkeit, aber auch der Stadtrat, so gut wie nichts mitbekommen.

Vor diesem Hintergrund frage ich:

1) Ist das Konzept für die Nachrüstung von Münchner U-Bahnen mit zusätzlichen automatischen Feuerlöscheinrichtungen abgeschlossen?
2) Liegen hierfür alle Genehmigungen seitens der Genehmigungsbehörden vor?
3) Wie viele Fahrzeuge der Typen A, B und C wurden schon umgerüstet? Sind die umgerüsteten Fahrzeuge im Einsatz?
4) Haben sich andere U- und S-Bahnbetreiber für das neuartige Münchner System interessiert?

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Tangastraße 28; 81827 München; email: csu@georg-kronawitter.de wzim.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

12.05.2011

Antrag Nr.:
Mehr Bürgerbeteiligung durch Live-Stream

Der Stadtrat möge beschließen:
Stadtratsdebatten werden künftig per Live-Stream ins Internet gestellt.

Begründung:

Es ist der FDP-Stadtratsfraktion – wie auch sicherlich allen anderen Fraktionen und Gruppierungen – ein großes Anliegen, für mehr Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik einzutreten.

Der Grundsatz der Öffentlichkeit von Stadtratssitzungen ist seit jeher in der Bayerischen Gemeindeordnung verankert. Der Besuch einer Sitzung ist aber vielen Bürgern aus unterschiedlichen Gründen oft nicht möglich. Die moderne Technik kann aber zumindest teilweise Abhilfe schaffen.

Durch die Präsentation von Live-Stream Aufzeichnungen von öffentlichen Stadtratssitzungen im Internet können sich interessierte Bürger unmittelbar einen persönlichen Eindruck vom Verlauf der Stadtratsdebatten verschaffen. Wenn Debatten live per Internet übertragen werden, können auch mehr interessierte Bürger als bisher das Geschehen im Stadtrat verfolgen. Selbstverständlich sind nur die öffentlichen Teile der Sitzungen des Stadtratsplenums und der Stadtratsausschüsse gemeint.
Im Bundestag und in den Landtagen ist dies mittlerweile gängige Praxis. Die Kommunalpolitik berührt die Bürgerinnen und Bürger aber noch viel unmittelbarer. Deshalb sollten die modernen technischen Möglichkeiten hier erst recht genutzt werden. Dies wäre ein wesentlicher Betrag zu mehr Transparenz.

Die Landeshauptstadt München sollte sich im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger dafür einsetzen, dass öffentliche Stadtratssitzungen per Live-Stream ins Internet gestellt werden.

Gez. Dr. Michael Mattar Fraktionsvorsitzender	Gez. Gabriele Neff Stv. Fraktionsvorsitzende	Gez. Dr. Jörg Hoffmann Stv. Fraktionsvorsitzender
Gez. Christa Stock Ea. Stadträtin	Gez. Dr. med. Otto Bertermann Ea. Stadtrat	